



*Resolution der DV des Schweizerischen Bauernverbandes vom 11. November 2004*

## **SBV fordert kompromissloses WTO-Engagement des Bundesrats**

***Die Delegierten des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) haben an ihrer Versammlung vom 11. November 2004 in Bern folgender Resolution an den Bundesrat, die Verwaltung und das Parlament zugestimmt:***

«Ein Abschluss der WTO-Verhandlungen innerhalb der Eckwerte des in Genf erzielten Rahmenabkommens vom 1. August 2004 stellt die Schweizer Landwirtschaft vor existenzielle Probleme. Den drohenden jährlichen Einkommensverlust der Landwirtschaft von 1.5 bis 2.5 Milliarden Franken können wir nicht hinnehmen.

Unsere wirtschaftliche Situation ist bereits heute problematisch. Trotz grösster Anstrengungen und einer dynamischen Strukturanpassung sind wir mit tiefen Einkommen konfrontiert. Zudem stehen wir neben der WTO vor weiteren grossen Herausforderungen wie der vollständigen Liberalisierung des Käsemarktes gegenüber der EU und der Aufhebung der Milchkontingentierung.

Wir Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz fordern vom Bundesrat, von der Verwaltung und vom Parlament grössten Einsatz, damit eine multifunktionale einheimische Landwirtschaft im Sinn des Artikels 104 der Bundesverfassung auch in Zukunft existieren kann und so der Volkswille respektiert wird.

Wir stellen deshalb folgende drei zentralen Forderungen:

- Wir fordern ein kompromissloses Engagement des Bundesrats in den WTO-Verhandlungen für ein ausgewogenes Agrarabkommen. Die Allianz der G10 ist zu stärken. Der Bundesrat hat sich auch in Zukunft an das Verhandlungsmandat für die Ministerkonferenz von Cancún zu halten. In den Agrarverhandlungen darf er keine Kreuzkonzessionen mit anderen Verhandlungsbereichen eingehen. Er hat sich vehement dafür einzusetzen, dass die nicht-handelsbezogenen Anliegen (Non-Trade Concerns) in den Verhandlungsergebnissen ihren Niederschlag finden. Die WTO-bedingten Konzessionen dürfen nicht über die Vorgaben der Agrarpolitik 2007 und 2011 hinaus gehen.
- Wir fordern flankierende Massnahmen zu Gunsten einer multifunktionalen produzierenden Schweizer Landwirtschaft. Vordringlich sind Massnahmen zur Stärkung der Position der Landwirtschaft auf den Absatzmärkten und bei den Konsumenten, zur Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums und zur Senkung der Produktionskosten zu ergreifen.
- Wir fordern einen Verzicht auf weitere Kürzungen der Bundesmittel für die Landwirtschaft. Der kommende Zahlungsrahmen 2008-2011 muss der Landwirtschaft mindestens Mittel im Umfang des ursprünglichen Zahlungsrahmens 2004-2007 zusprechen – erhöht um die Teuerung. Die Treibstoffsteuerrückerstattung als WTO- und EU-konformes Instrument ist beizubehalten.»